

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg

Sehr geehrter Herr Feilcke,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Engagement für die deutsch-israelischen Beziehungen sowie für den Einsatz gegen Antisemitismus. Für uns Freie Demokraten ist klar: Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar, und unsere Freundschaft zu Israel ist Staatsräson. Berlin trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens – dieser Verantwortung müssen wir im Alltag gerecht werden.

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Städtepartnerschaft Berlin–Tel Aviv

Welche Vorschläge haben Sie, um die Städtepartnerschaft von Berlin mit Tel Aviv mit Leben zu füllen? Befürworten Sie es, dass hierfür im Haushalt ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass weiterhin beim Regierenden Bürgermeister ein Beauftragter/eine Beauftragte eingesetzt wird, um die Pflege dieser neuen Städtepartnerschaft auf der obersten Ebene zu koordinieren?

Die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv muss konkret wirken und darf nicht symbolisch bleiben. Wir wollen sie gezielt als Plattform für Zusammenarbeit in Innovation, Wissenschaft, Start-up-Ökonomie und Kultur nutzen.

Dafür braucht es eine klare politische Verankerung auf Senatsebene sowie eine verlässliche finanzielle Ausstattung. Eine Koordinierungsfunktion beim Regierenden Bürgermeister halten wir für sinnvoll, weil sie dieser Partnerschaft das notwendige politische Gewicht gibt und konkrete Projekte ermöglicht.

2. Kooperation mit israelischen Einrichtungen

Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

Ja, und zwar deutlich intensiver. Israel ist in zentralen Zukunftsfeldern wie Hightech, Cybersicherheit und Life Sciences ein natürlicher Partner für Berlin.

Wir wollen strukturierte Kooperationen ausbauen, insbesondere durch gemeinsame Forschungsprojekte, institutionalisierte Hochschulpartnerschaften sowie eine engere Vernetzung von Start-ups und Investoren. Gerade im Innovationsbereich liegt ein unmittelbarer Mehrwert für beide Seiten.

3. Aufklärung über den Nahostkonflikt in Schulen

Was schlagen Sie vor, um die Schülerinnen und Schüler über die Hintergründe des

Nahost-Konflikts aufzuklären? Werden Sie für diese Themen Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer anbieten? Werden diese Themen fester Bestandteil der Lehrpläne in allen Schulformen sein?

Antisemitismus lässt sich nur nachhaltig bekämpfen, wenn Wissen und Urteilsfähigkeit gestärkt werden. Der Nahostkonflikt muss deshalb verbindlich und faktenbasiert im Unterricht behandelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, politische Bildung zu stärken und Lehrkräfte gezielt fortzubilden, insbesondere zu israelbezogenem Antisemitismus und Desinformation. Dabei gilt der Beutelsbacher Konsens – aber nicht als Einladung zur Relativierung antisemitischer Positionen, sondern als Verpflichtung zu aufgeklärter, faktenbasierter Auseinandersetzung.

4. Schülerreisen nach Israel

Ist Ihre Partei dafür, dass der Senat Schülerreisen nach Israel verstärkt finanziell und auch organisatorisch unterstützt?

Ja. Begegnung schafft Verständnis, das durch Unterricht allein nicht erreicht werden kann.

Wir wollen Austauschprogramme ausbauen und dafür sorgen, dass mehr Schülerinnen und Schüler Zugang zu solchen Angeboten erhalten. Dazu gehört auch eine bessere finanzielle und organisatorische Unterstützung.

5. Schutz jüdischer Studierender / Hochschulen

Jüdische Studierende sind in Angst, seit sich propalästinensische Extremisten an den Berliner Hochschulen austoben. Was werden Sie tun, um sie zu schützen? Befürworten Sie es, dass Hochschulangehörige, die sich durch israelbezogenen Antisemitismus hervortun, exmatrikuliert werden können?

Dass jüdische Studierende in Berlin Angst haben, ist ein unhaltbarer Zustand. Hochschulen müssen sichere Räume sein – und keine Orte der Einschüchterung.

Wir erwarten, dass antisemitische Vorfälle konsequent unterbunden und sanktioniert werden. Veranstaltungen oder Strukturen, die antisemitische Inhalte verbreiten oder Gewalt legitimieren, dürfen an Hochschulen keinen Platz haben.

Darüber hinaus halten wir es für richtig, Exmatrikulation als ultima ratio bei schwerem oder wiederholtem antisemitischem Verhalten rechtssicher zu ermöglichen. Wer andere einschüchtert oder ausgrenzt, missbraucht die Freiheit der Hochschule.

6. Antisemitismusklausel bei Förderung

Wird Ihre Partei die Förderung von Kunst und Kultur sowie sozialer Projekte an eine

Antisemitismusklausel knüpfen, so dass sichergestellt ist, dass Antisemiten keine Steuergelder erhalten?

Ja. Für uns ist klar: Antisemiten dürfen weder staatlich gefördert werden noch Zugang zu öffentlichen Ressourcen erhalten.

Organisationen, die antisemitische Positionen vertreten oder etwa die BDS-Kampagne unterstützen, schließen wir konsequent von Förderung, Zuschüssen und der Nutzung öffentlicher Räume aus.

7. Umgang mit antisemitischen Parteimitgliedern

Wird Ihre Partei sich konsequent von Mitgliedern trennen, die offen zum Boykott Israels ausrufen oder sich antisemitisch äußern, auch wenn diese Mitglieder Funktionen innehaben?

Antisemitismus und Boykottaufrufe gegen Israel sind mit unseren Grundwerten unvereinbar.

Für uns gilt: Wer diese Grenze überschreitet, kann nicht Teil unserer Partei sein – unabhängig von Funktion oder Amt. Haltung ist an dieser Stelle nicht verhandelbar.

Berlin trägt eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung zeigt sich nicht in Symbolpolitik, sondern in klaren Entscheidungen: beim Schutz jüdischen Lebens, bei der konsequenten Bekämpfung von Antisemitismus und in einer aktiven Partnerschaft mit Israel.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat